Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12824**

18. Wahlperiode 21.06.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Harald Petzold (Havelland), Stefan Liebich, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/12091 –

Verfolgung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transpersonen und Intersexuellen (LGBTI) in Tschetschenien entgegentreten

A. Problem

Nach Angaben der Antragsteller sind Medienberichte, denen zufolge in der russischen Teilrepublik Tschetschenien schwule Männer entführt, gefoltert und getötet werden, Ende März 2017 von der Organisation „Human Rights Watch“ bestätigt worden. Die gegen diese Bevölkerungsgruppe gerichteten Verfolgungsmaßnahmen und Gewaltakte hätten mittlerweile ein beispielloses Ausmaß angenommen. Berichte über diese Vorgänge würden von offizieller tschetschenischer Seite hingegen als Desinformation bezeichnet.

Nach dem Willen der Antragsteller soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, die russische Regierung dazu zu bewegen, auf die Beendigung der in Tschetschenien stattfindenden Verfolgung und Ermordung von LGBTI-Personen hinzuwirken und dafür zu sorgen, dass deren Menschen- und Bürgerrechte garantiert werden. Außerdem soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angewiesen werden, Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität in ihren Heimatländern verfolgt und bedroht werden, als international schutzbedürftige Flüchtlinge anzuerkennen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/12091 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2017

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Dr. Matthias Zimmer
Vorsitzender

Dr. Bernd Fabritius
Berichterstatter

Gabriela Heinrich
Berichterstatterin

Annette Groth
Berichterstatterin

Tom Koenigs
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Bernd Fabritius, Gabriela Heinrich, Annette Groth und Tom Koenigs

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/12091** in seiner 231. Sitzung am 27. April 2017 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Angaben der Antragsteller sind Medienberichte, denen zufolge in der russischen Teilrepublik Tschetschenien schwule Männer entführt, gefoltert und getötet werden, Ende März 2017 von der Organisation „Human Rights Watch“ bestätigt worden. Die gegen diese Bevölkerungsgruppe gerichteten Verfolgungsmaßnahmen und Gewaltakte hätten mittlerweile ein beispielloses Ausmaß angenommen. Berichte über diese Vorgänge würden von offizieller tschetschenischer Seite hingegen als Desinformation bezeichnet.

Nach dem Willen der Antragsteller soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, die russische Regierung dazu zu bewegen, auf die Beendigung der in Tschetschenien stattfindenden Verfolgung und Ermordung von LGBTI-Personen hinzuwirken und dafür zu sorgen, dass deren Menschen- und Bürgerrechte garantiert werden. Außerdem soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angewiesen werden, Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität in ihren Heimatländern verfolgt und bedroht werden, als international schutzbedürftige Flüchtlinge anzuerkennen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 95. Sitzung am 17. Mai 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/12091 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 154. Sitzung am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/12091 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 89. Sitzung am 21. Juni 2017 die Be-ratungen über den Antrag auf Drucksache 18/12091 aufgenommen und abgeschlossen. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 18/12091 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2017

Dr. Bernd Fabritius
Berichterstatter

Gabriela Heinrich
Berichterstatterin

Annette Groth
Berichterstatterin

Tom Koenigs
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.